

Für Hochhaus-freie Ufer

Ende August startete die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Uferschutz»: Ihre InitiantInnen sagen «Nein danke!» zu Hochhäusern an den Ufern Zürichs.

Nicole Soland

Am 31. August erfolgte mit der Publikation im «Tagblatt der Stadt Zürich» der Startschuss zur Volksinitiative «Uferschutz ... für Mensch und Natur». Unterschreiben kann, wer in der Stadt Zürich stimmberechtigt ist. Die InitiantInnen haben insgesamt sechs Monate Zeit, um mindestens 3000 Unterschriften zu sammeln: Die Unterschriften müssen folglich per Ende Februar 2023 eingereicht werden.

Bei der Uferschutz-Initiative handelt es sich um eine Initiative in Form einer allgemeinen Anregung. Ihr Text lautet wie folgt: «Die Stadt schützt die Ufer am See und an der Limmat (Platzspitz bis Stadtgrenze), um sie als Naherholungsgebiet für die Bevölkerung und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten. Bauten und Anlagen mit einer Höhe von mehr als 25 Metern sollen vom Seeufer den Abstand von 150 Metern und vom Flussufer den Abstand der vierfachen Sohlenbreite der Limmat erhalten. Die Vorschriften sollen auch für Gestaltungspläne und Arealüberbauungen gelten. Bestehende Bauten und Grünräume unterstehen dem Bestandesschutz.»

Neue Hochhausrichtlinien...

Folgerichtig nennt sich das parteiübergreifende Komitee, das die Initiative lanciert hat und dem gemäss seiner Website 20 Personen angehören, nicht etwa «Uferschutz-Komitee», sondern «Komitee gegen Hochhäuser an den Ufern». Auf der Website ist weiter zu lesen, für das Komitee sei «die ausschliessliche Ausrichtung der städtischen Baupolitik auf Hochhäuser falsch». Es lehne die Pläne «vehement» ab, entlang der Seeufer Hochhäuser bis 40 Meter und an der Limmat bis 85 Meter zuzulassen, denn «dies gefährdet den Naherholungsraum der Bevölkerung und wichtige Naturzonen auf Stadtgebiet». Verdichtung müsse stattdessen «klimaverträglicher mittels Blockrandbauten» geschehen: «Diese ermöglichen günstigere Mietpreise und passen besser zur Kultur des Zusammenlebens in Zürich.»

Auf dem Unterschriftenbogen findet sich nebst dem Hinweis, See- und Limmatufer

seien die «wichtigsten Naherholungsgebiete» für die ZürcherInnen, auch noch ein Hinweis auf den konkreten Anlass für die Initiative: «Aus dem Amt für Städtebau sind Pläne bekannt geworden, welche künftig am Seeufer generell Häuser mit einer Höhe von 40 Metern zulassen und auch höhere Bauten ermöglichen. Entlang der Limmat wären gar an beiden Ufern zwischen Platzspitz und Werdinsel Hochhäuser bis zu 85 Metern zulässig.» Diese Pläne seien abzulehnen, findet das Komitee, denn: «Sie würden diese wichtigen Naherholungsräume der Bevölkerung massiv beeinträchtigen und den natürlichen Lebensraum von Tieren und seltenen Pflanzen auf Stadtgebiet sowie die Biodiversität gefährden.» Hochhäuser in Ufernähe erschweren die Zugänglichkeit der Ufer für die Bevölkerung, heisst es weiter, sie reduzierten aber auch die Besonnung und schadeten dem ohnehin bedrohten Lebensraum für Tiere und Pflanzen: «Zudem erschweren sie die Luftzirkulation, was sich negativ auf das städtische Klima auswirkt.»

...und nicht unbegründete Ängste

Was hat es mit den erwähnten Plänen aus dem Amt für Städtebau auf sich? Es geht darum, dass die Stadt zurzeit ihre Hochhausrichtlinien revidiert: Die städtischen «Richtlinien für die Planung und Beurteilung von Hochhausprojekten» stammen vom November 2001, deren aktualisierte Neuauflage aus dem Jahr 2012. Zur Aktualisierung der Hochhausrichtlinien hat die Stadt eine zweistufige Testplanung im selektiven Verfahren durchgeführt und den entsprechenden

Schlussbericht auf ihrer Website publiziert – letzteres einige Wochen, nachdem der «Tages-Anzeiger» den damals noch nicht freigegebenen Bericht vorgestellt hatte (siehe P.S. vom 4. Februar sowie vom 3. und 17. Juni).

Die Richtlinien sollen laut Medienmitteilung des Amts für Städtebau vom 14. Juni «im Herbst 2022» vorliegen, also wahrscheinlich ziemlich bald.

Rein aufgrund der neuen Richtlinien wird jedoch noch nichts gebaut: Zu den neuen Richtlinien gehört die entsprechende Anpassung der Bau- und Zonenordnung (BZO), und diese muss öffentlich aufgelegt werden. Während dieser Auflage können sich im Rahmen der

offiziellen Mitwirkung alle interessierten Personen schriftlich zum Inhalt äussern. Die Änderung der BZO wird schliesslich vom Stadtrat und vom Gemeinderat beschlossen.

Angesichts dieses mehrstufigen Verfahrens könnte man sich sagen, für eine Initiative sei es noch zu früh, da könne sich noch viel ändern. Allerdings fällt auf, dass das Team E2A/KCAP schon sehr konkrete Vorstellungen von Zürichs Hochhaus-Zukunft zu haben scheint, und dieses Team hat im Testplanungsverfahren bei der Stadt gepunktet. Gemäss Schlussbericht zur Testplanung schlägt es drei Typen Hochhäuser vor, solche bis ca. 40 Meter Höhe, solche bis ca. 80 Meter Höhe sowie «Metro-Hochhäuser» von 85 bis 250 Metern Höhe. Es hält dazu fest, dass Hochhäuser «stadträumlich, architektonisch und programmatisch» umso mehr «leisten» müssen, je höher sie sind, und es kann sich an besonders zentralen und gut erschlossenen Lagen in der Stadt «Clusterbildungen von Hochhäusern» vorstellen.

Zum Team E2A/KCAP gehören E2A Piet Eckert und Wim Eckert Architekten (unter ihren Referenzen findet sich das Baufeld H der Europaallee), KCAP GmbH (u.a. Masterplan Europaallee), Hager Partner AG (u.a. Quartierpark Thurgauerstrasse), Planwerkstadt AG (u.a. Projektentwicklung Zollstrasse), Barbara Emmenegger, Soziologin (u.a. Fachgremium Entwicklungsgebiet Neugasse) und Prof. Matthias Böttger, urbanegestalt PartGmbH, Köln. Dass angesichts solcher Referenzen bei einigen ZürcherInnen die Alarmglocken schrillen, ist durchaus nachvollziehbar...

Mitmachen erwünscht

Wer sich für die Initiative engagieren möchte, ist sehr willkommen, wie auf dem Sekretariat der Uferschutz-Initiative zu erfahren ist: Noch sei man ein Stück weit von den benötigten 3000 Unterschriften entfernt, und im Winter werde das Sammeln nicht einfacher. Wer gerne Unterschriften sammeln möchte, kann die Bögen von der Website herunterladen. Märkte wie jener auf dem Helvetiaplatz oder in Oerlikon seien üblicherweise gute Sammelorte, heisst es auf dem Sekretariat.

Weitere Infos und Unterschriftenbögen siehe www.uferschutz.ch